

Wofür wir stehen und was wir ändern sollten

ein Streitpapier von Prof. Adalbert Winkler

1. **Die SPD tritt für die Interessen der arbeitenden Menschen in Deutschland ein, die über ein geringes oder mittleres Einkommen verfügen.** Wir machen in erster Linie Politik für die Kassierer in Supermärkten, die Hausmeister in Schulen, die Pfleger in Altersheimen, die lokalen Einzelhändler und Handwerker, Arbeiternehmerinnen und Arbeitnehmer in Großkonzernen, Bürofachkräfte in Dienstleistungsunternehmen, Rentner mit einer geringen Rente, Alleinerziehende etc.. Sozialdemokratisch handeln heißt, sich in diese Menschen hineinzusetzen, und zu fragen, welche ökonomischen Interessen sie in einer bestimmten Frage leiten und daraus konkrete Politik abzuleiten.
2. **Sozialdemokratische Politik ist unverzichtbar, weil ohne sie der Markt zu einer immer größeren Ungleichheit von Einkommen und Vermögen führt, die ungerecht ist.** Wenn es nicht die SPD ist, die die Interessen dieser Menschen vertritt, werden es andere politische Kräfte tun (bzw. vorgeben zu tun). Die Geschichte lehrt, dass diese weder demokratisch noch gesellschaftspolitisch liberal sind.
3. **Wir haben in den letzten Jahrzehnten verstärkt übergeordnete Ziele verfolgt und die Auswirkungen auf die Interessen jener, die wir vertreten wollen, nicht ausreichend beachtet.** Zu diesen Zielen gehörten der Abbau der Arbeitslosigkeit (Hartz-Gesetze), die Stabilität der öffentlichen Finanzen („Schwarze Null“, Schuldenbremse), die Europäische Integration (EU-Erweiterung mit der Öffnung des gemeinsamen Binnenmarktes für Länder mit deutlich niedrigeren Pro-Kopf-Einkommen und damit Löhnen), Unterstützung für Flüchtlinge und Menschen in Not (Flüchtlingspolitik), Stopp der Erderwärmung, Rettung der Artenvielfalt (Klima- und Umweltschutzpolitik). Wir haben auch viel erreicht: die Arbeitslosigkeit hat sich seit Anfang der 2000er Jahre halbiert, Staatsverschuldung und CO₂-Emissionen sind rückläufig und die EU umfasst mittlerweile 27 Länder. Zudem, haben wir Hunderttausende Menschen bei uns aufgenommen. Wir werden dafür am Wahltag aber nicht belohnt, weil die Politiken, die wir zur Erreichung dieser Ziele verfolgten, in ihrer Konsequenz für die Menschen, für die wir Politik machen wollen, oft nicht neutral sind, sondern Nachteile bedeuten. Dies ist bei den Hartz-Gesetzen so offensichtlich, dass es nicht mehr thematisiert werden muss. Es gilt aber auch für die Flüchtlings- und EU-Erweiterungspolitik, weil sie gerade Menschen mit niedrigem und mittlerem Einkommen auf Arbeits- und Gütermärkten, auf dem Wohnungsmarkt, bei der Betreuung von Kindern in Schulen und Kindergärten verstärkter Konkurrenz aussetzen. Klima- und Umweltschutzpolitik können für unsere Wähler ebenfalls teuer sein (Stichworte: Diesel, Braunkohle). Gleichzeitig fällt es uns wegen der „Schwarzen Null“, der Schuldenbremse und der weiteren Vertiefung der EU (Binnenmarkt!) immer schwerer, im nationalen Rahmen über korrigierende Eingriffe des Staates, sei es über Regulierungen, sei es über Investitionen, sei es über Änderungen des Steuer- und Transfersystems unseren Wählern (kompensierende) Angebote zu machen.

4. **Übergeordnete Ziele und Themen zu betonen, führt daher oft zu Vertrauensverlust, selbst wenn wir erfolgreiche Politik im Sinne der übergeordneten Ziele betreiben. Denn unsere Wähler interpretieren Erfolgsmeldungen bei diesen Themen als weiteren Hinweis dafür, dass wir uns für ihre Belange nicht mehr interessieren und dafür andere Themen verfolgen.** Dies lässt sich am Beispiel der Hartz-Gesetze verdeutlichen. Völlig unabhängig davon, ob sie wirklich eine bzw. die Ursache für den Abbau der Arbeitslosigkeit waren: weder 2009 noch 2017 haben wir mit diesem Abbau offensiv Wahlkampf gemacht, weil wir spürten, dass wir damit nicht punkten können, solange die Spanne bei Einkommen und Vermögen weiter auseinandergeht oder auf hohem Niveau stagniert. Ähnliches gilt aber auch für den Klima- und Umweltschutz, die Flüchtlingspolitik oder die gesellschaftliche Gleichstellungspolitik. Denn für viele unserer – leider: ehemaligen – Wähler sind der Frauenanteil in den Aufsichtsräten der deutschen Großunternehmen, das Werbeverbot für Abtreibungen, der Familiennachzug für Flüchtlinge, die Stickoxid-Grenzwerte, die Interviews von Herrn Maaßen – alles Themen, die in den letzten Monaten Schlagzeilen machten – angesichts von Fragen, wie und ob sie ihrem Kind die Klassenfahrt finanzieren, wie sie kostengünstig zum Arbeitsplatz kommen, ob sie endlich mal wieder in den Urlaub fahren können, Themen von untergeordneter Bedeutung.

Gleichzeitig haben jene Wähler, denen diese Themen extrem wichtig sind, schon eine Partei, an die sie sich wenden können: die Grünen. Damit sind wir in eine Situation geraten, in der wir Wähler auf beiden Seiten verlieren: die ehemaligen Stammwähler, denen diese Themen nicht wichtig sind, und die Wähler, die schon immer dachten, dass diese Themen wichtig sind, und deshalb nun die Partei wählen, die diese Themen als Markenkern ausweist.

5. **Wir müssen alle Politiken daraufhin überprüfen, ob und inwieweit sie den Interessen unserer Wähler widersprechen, also höheren Löhnen und besseren Arbeitsbedingungen, sozialer Sicherheit (Stichwort: Grundrente), öffentlichen Investitionen für Wohnungsbau, Bildung und Infrastruktur (Straßen, Schienen, Netze). Diese Überprüfung muss zur Folge haben, dass wir uns im Konfliktfall gegen andere Ziele entscheiden, selbst wenn uns diese ebenfalls am Herzen liegen. Nur so gewinnen wir wieder an Glaubwürdigkeit und Vertrauen.** Bezahlbarer Wohnraum ist ein zentrales Anliegen unserer Wähler. Dann dürfen für uns weder die „Schwarze Null“ noch Umwelt- und Klimaschutz Argumente sein, Aktivitäten in diesem Bereich zu stoppen. Wenn der Niedriglohnsektor ein Problem ist, und er ist ein Problem, können wir dem EU-Beitritt der Balkanstaaten nicht zustimmen (zumindest nicht mit Zugang zum EU-Arbeitsmarkt), weil wir sonst den Lohndruck in diesem Sektor weiter erhöhen.
6. **Sozialdemokratische Interessenpolitik ist kein Rückfall in die achtziger Jahre und auch keine Absage an die junge Generation und ihr Lebensgefühl. Vielmehr ist sie notwendig, um sich im Verteilungskampf, in dem sich die westlichen Gesellschaften spätestens seit der globalen Finanzkrise befinden, klar zu positionieren.** Dieser Verteilungskampf ist das Ergebnis einer jahrzehntelangen

Entwicklung in nahezu allen entwickelten westlichen Volkswirtschaften: die Realeinkommen der Menschen in der unteren Hälfte der Einkommensskala sind kaum gestiegen und je weiter man in die unteren Einkommensregionen vorstößt sogar gefallen. Diesen Verteilungskampf nutzt die politische Rechte in Europa und in den USA sehr geschickt und erfolgreich, um ihre Kernthemen, die illiberal Demokratie, die Schleifung von Grund- und Menschenrechten, den Rückzug auf das Nationale und Völkische durchzusetzen, ohne diese Themen bewusst in den Mittelpunkt stellen zu müssen. Der Arbeiter in den Braunkohlewerken wählt nicht AfD, weil er rassistisch oder gegen Umweltschutz ist, sondern weil er seinen Job nicht verlieren will; der Dauerarbeitslose in Italiens Süden wählt nicht die Lega, weil er Flüchtlinge im Meer ertrinken lassen will, sondern weil er sich von ihr die Schaffung von Arbeitsplätzen erwartet; die Hausfrau in Michigan wählt nicht Trump, weil sie frauenfeindlich ist, sondern weil ihr Mann seit dreißig Jahren keine Realloohnerhöhung gesehen hat. Die Zustimmung zu rechtspopulistischen Parteien beruht eben zum großen Teil darauf, dass sie populistisch, also populär sind, weil diese Parteien vorgeben, sich der Sorgen und Nöte dieser Menschen anzunehmen.

7. **Die Verteilungsfrage aufzuwerfen, heißt nicht die Systemfrage zu stellen ...** Mit seinem Zeit-Interview hat Kevin Kühnert den Blick auf die Verteilungsfrage gelenkt. Dies ist positiv hervorzuheben, weil er damit verdeutlicht, dass die SPD erkennt, dass die Marktwirtschaft nicht von sich aus alle Probleme der Einkommens- und Vermögensverteilung löst, sondern dass es staatlichen Handlungsbedarf gibt. Problematisch und negativ ist, dass gleichzeitig die Systemfrage gestellt wurde. Denn damit werden erneut die politischen Gegner gestärkt; einerseits die politische Rechte, bei der die Infragestellung des Systems Markenzeichen ist, andererseits die Grünen, die nun als verantwortungsvolle Partei auf der linken Seite des politischen Spektrums wahrgenommen werden, die die Verhältnisse im Rahmen des Systems ändern wollen.
8. **... sondern kompetente sozialdemokratische Finanz- und Wirtschaftspolitik zu betreiben.** Zwischen den Hartz-Gesetzen und der Kollektivierung und Verstaatlichung von Unternehmen gibt es eine Vielzahl von Möglichkeiten, sozialdemokratische Finanz- und Wirtschaftspolitik neu zu denken und damit – langsam – neues Vertrauen aufzubauen. Dabei sollten wir uns von den Neoliberalen (darunter auch Grünen) nicht durch Vorwürfe ins Bockshorn jagen lassen, wir würden alte sozialistische Konzepte aus der Mottenkiste holen, die sich schon in der Vergangenheit als falsch erwiesen haben. Wirtschaftspolitik á la Karl Schiller und Helmut Schmidt war weder sozialistisch noch falsch. Dass sie ist nicht einfach 1:1 ins Zeitalter von Globalisierung, EU-Integration und Währungsunion übertragen werden kann, ist auch selbstverständlich. Dennoch wäre es ein Gewinn, wenn wir z.B. verdeutlichen würden, dass wir als Regierungspartei nicht gewillt sind, eine mögliche Rezession einfach so hinzunehmen, sondern bereit sind, alle schon jetzt verfügbaren finanzpolitischen Ressourcen zu ihrer Bekämpfung einzusetzen, wenn sie kommen sollte. Dass dabei das Augenmerk auf staatliche Ausgaben und Investitionen, z.B. für den Wohnungsbau, statt auf Steuersenkungen liegen sollte, könnte man ebenfalls unmissverständlich zum Ausdruck bringen. Zudem ließe sich ganz marktwirtschaftlich argumentieren, denn die negativen

Zinsen, zu dem sich der Bund Geld leihen kann, zeigen, dass die Investoren den Staat geradezu bekriegen, sich stärker zu engagieren. Man kann über die konkrete Ausgestaltung der Grundrente diskutieren, aber an ihrer Finanzierung kann sie nicht scheitern. Gleichzeitig gilt es, den Faktor Arbeit zu verknappen, damit die Gewerkschaften deutlich höhere Löhne, auch im Niedriglohnsektor, durchsetzen können. Das Argument vom Fachkräftemangel ist ein neoliberales Argument. Wenn Fachkräfte fehlen, soll die Wirtschaft „die gefälligst ausbilden“ (Helmut Schmidt 2011 (!)). Es ist nicht Aufgabe sozialdemokratischer Politik, die Marktmechanismen auf dem Arbeitsmarkt durch Zu- und Einwanderung in welcher Form auch immer außer Kraft zu setzen, vor allem nicht, wenn es um Arbeitsmärkte geht, auf denen Löhne erzielt werden, die ein Hundertstel des Gehalts von Vorstandsmitgliedern großer Unternehmen betragen.

9. **Mut und Kraft zur Konzentration auf das Wesentliche ist erforderlich.** **Mut**, weil wir mit einem solchen Kurs das Risiko eingehen, dass manche, die weiterhin SPD gewählt haben, nun auch noch vergrault werden, weil sie „ihre“ Themen nicht mehr ausreichend gewürdigt und verfolgt sehen. Sie müssen wir bitten und überzeugen zu bleiben, damit wir zusammen nachhaltig, also im Rahmen unseres demokratischen Gemeinwesens und sozial verträglich, diese Themen verfolgen zu können. Wohin werden die Neu-Grünen-Wähler gehen, wenn der Hype vorbei ist, sie also erkennen, dass selbst die Grünen in Regierungsverantwortung entweder ebenfalls bei der Verfolgung der ihnen angeblich so wichtigen Themen Abstriche machen müssen oder die Kosten und ökonomischen Auswirkungen einer solchen Politik offensichtlich werden? Für diesen Tag müssen wir uns wappnen, um dann sagen zu können: ja, wir mögen zwar etwas langsam sein, aber gerade indem wir die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an die Spitze stellen, schaffen wir es, gesellschafts- und umweltpolitischen Fortschritt nachhaltig zu gestalten. Es gilt zu verhindern, dass auch in Deutschland ein Wechsel von „Obama“ zu „Trump“ vollzogen wird, weil damit sowohl sozialer als auch gesellschafts- und umweltpolitischer Fortschritt um Jahrzehnte zurückgeworfen würde. **Kraft**, weil es ein langer Weg sein wird. Denn die Bedingungen, unter denen wir heute sozialdemokratische Politik gestalten müssen, sind ungleich schwieriger als sie es waren, als 40% und mehr ihr Kreuz bei der SPD machten. Aber auch damals haben Sozialdemokraten einen langen Atem gebraucht, um endlich gestalten zu können. Sie hatten ihn, weil sie wussten, wofür sie stehen und für wen sie Politik machen.